

Gemeinderat stimmt Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels zu Herstellungskosten belaufen sich auf 4.105 €

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass der Haus- und Grundstückseigentümergeverein Schramberg und Umgebung e.V. und der Mieterverein Schramberg und Umgebung e.V. im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung Schramberg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einen einfachen Mietspiegel (Mietwerttabelle) gemeinsam erstellt haben. „Dem Mietspiegel lagen die in den Gemeinden tatsächlich gezahlten Mieten nach Erfahrungswerten zugrunde. Der Mietspiegel wurde alle 2 Jahre aktualisiert und gilt derzeit noch bis Ende des Jahres. "Kosten entstanden der Gemeinde bisher keine", berichtete er.

Die Stadt Schramberg habe nun mitgeteilt, dass der seitherige Mietspiegel für Schramberg und Umgebung nicht mehr gepflegt wird. Die Stadt werde die Mittel für die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels über ein Fachbüro im Haushaltsplan 2020 einstellen. Die Stadt Schramberg habe für sich selbst, aber auch für die Umlandgemeinden Aichhalden, Hardt, Schiltach und Lauterbach ein Angebot angefordert, das dem Gemeinderat ebenfalls vorgestellt wurde. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass auch die Gemeinde Schenkenzell mitmachen möchte und einen qualifizierten Mietspiegel anstrebt. „Insgesamt wird davon ausgegangen, dass auch die anderen Gemeinden einen qualifizierten Mietspiegel wollen“.

„Um eine Vergleichbarkeit in der Raumschaft herstellen zu können wäre es sicher sinnvoll, wenn sich alle Gemeinden Schramberg anschließen würden und ebenfalls einen qualifizierten Mietspiegel beauftragen. Die Herstellungskosten für Lauterbach belaufen sich auf 4.105 €“. Diese Kosten müssten dann in den Haushaltsplan 2020 eingestellt werden“, gab er zu bedenken.

Weiter berichtete er, dass eine Zuschussung möglich ist. Dieser Zuschuss liegt bei einer Einwohnerzahl von knapp 3.000 Personen bei etwa 1.500 €. Bei einer Fortschreibung in 2 Jahren wird mit Gesamtkosten für alle Kommunen von 3.510 € gerechnet. Nach der Aufteilung auf die Gemeinden wird für Lauterbach ein Kostenanteil von 400 € entfallen.

Abschließend beauftragte der Gemeinderat das Institut für empirische Marktanalysen in Sinzing mit der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Lauterbach mit einmaligen Kosten in Höhe von 4.105 €. In Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen soll ein entsprechender Zuschussantrag gestellt werden. Die Finanzierung erfolgt im Haushaltsplan 2020.

Rathausplitter

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass sich die Bevölkerungszahl zum 30. Juni 2019 auf 2.895 Personen beläuft.

Anschließend verlas er das Antwortschreiben der Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG zum offenen Brief des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung zur Schließung der Filiale in Lauterbach. Ansgar Fehrenbacher bezeichnete das

Antwortschreiben in diesem Zusammenhang als „nichts sagend“. Außerdem sei das Antwortschreiben in Teilen schlichtweg falsch, da es sich entgegen den Äußerungen der Volksbank tatsächlich doch um eine Schließung einer Filiale handelt. Zudem forderte Ansgar Fehrenbacher bei der Volksbank nochmals nachzufassen, damit in Lauterbach nicht nur Auszahlungen am Automat sondern auch Einzahlungen möglich sind. Hubert Nagel verschaffte seinem Ärger ebenfalls Luft. „Die Volksbank wird ihrem Namen nicht mehr gerecht. Die Volksbank gehört den Mitgliedern und nicht den Vorständen, die inakzeptable Entscheidungen treffen. Ich beschwere mich ausdrücklich über die Vorgehensweise der Bank und halte diese gegenüber den Mitgliedern für völlig inakzeptabel“, drückte er seinen Unmut aus. Auch Johannes Geprägs sprach von einem nicht fairen Vorgehen gegenüber den Mitgliedern und vor allem älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die auf Ansprechpartner angewiesen sind. „Zudem ist bereits jetzt festzustellen dass der Bankautomat des Öfteren nicht funktioniert“, bedauerte er.

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte weiter mit, dass die Gemeinde vier Sonnenliegen zum Preis von 3.150 € beschafft hat. „Über die Standorte werden wir uns noch mit dem Schwarzwaldverein austauschen“.

Er gab bekannt, dass die öffentliche Ausschreibung der Gewerke zur Sanierung der Galerie „Wilhelm Kimmich“ betreffend Fensterbau- und Glasarbeiten sowie den Außenputzarbeiten im Schwarzwälder Boten und im Staatsanzeiger erfolgt. Die restlichen Gewerke sind aufgrund der Höhe der zu erwartenden Ergebnisse beschränkt ausgeschrieben worden. Die Submissionen finden am 12. und 13. November 2019 statt. Weiter nahm Bürgermeister Norbert Swoboda zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“ Stellung. Er gab zu bedenken, dass die Städte und Gemeinden selbst Verfahrensbeteiligte sind und deshalb in einem gewissen Maß einer Neutralitätspflicht, aber ganz sicher dem Sachlichkeits- und Objektivitätsgebot unterliegen. „Darauf hat die Landeswahlleitung explizit hingewiesen. Unabhängig hiervon sind die Kommunen durch das Volksbegehren auch inhaltlich betroffen. Die Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes, die das Volksbegehren zum Ziel hat berühren alle Städte und Gemeinden als Eigentümer betroffener Grundstücke aber auch in ihrer Funktion als Träger der Bauleitung. Eine besondere Betroffenheit kann sich darüber hinaus für Tourismusgemeinden ergeben. In diesem Zusammenhang verlas er eine Stellungnahme des Gemeindetages Baden-Württemberg, die insbesondere auf mögliche Auswirkungen hinwies. Sonja Rajsp gab in diesem Zusammenhang ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es eventuell doch noch zu einer Einigung der Landesregierung mit den Initiatoren des Volksbegehrens kommt, sodass dann ein entsprechender Gesetzentwurf das Volksbegehren überflüssig machen könnte.

Anschließend ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf die Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Vereine, Familie und Soziales am 11. Oktober im Rahmen der Vereinsvorständebesprechung ein. Dabei wurde zunächst der Vereinskalendar 2020 besprochen. Im Anschluss wurden von einigen Vereinsvertretern noch Punkte, vor allem betreffend das Gemeindehaus, angesprochen, die noch abgearbeitet werden müssen. Doris Moosmann forderte in diesem Zusammenhang, den neu gegründeten Ausschuss öfters tagen zu lassen. „Dort könnte dem Gespräch mit den Vereinen noch mehr Zeit eingeräumt werden“, folgerte sie. Bürgermeister Norbert Swoboda sicherte weitere Ausschusssitzungen zu, sofern entsprechende Themen die den Ausschuss betreffen, anstehen.

Danach ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf die Ergebnisse der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik ein. Zunächst erfolgte eine Besichtigung der Baumaßnahme im Bereich des Schulhofes. Dort hat sich leider eine Problematik bei der Befestigung des großen Spielgerätes ergeben, sodass dieses erst wesentlich später aufgestellt werden kann. Weiter wurden die Abwassereinleitungen optimiert und im Bereich des kleinen Schulhofes einer weiteren Sanierung im vorderen Bereich zugestimmt.

Anschließend besichtigte der Ausschuss ein Gerät für die Rissesanierung an Straßen. Dieses Gerät überzeugte noch nicht vollständig, deshalb werden für ein verbessertes Gerät Kosten eingeholt um damit eine Entscheidung herbeiführen zu können.

Hinsichtlich der Beschaffung eines Kehrbesens bzw. einer Kehrmaschine sollen Kosten für den Haushaltsplan 2020 eingeholt werden. Empfohlen vom Ausschuss wird jedoch kein Kehrbesen, sondern gegebenenfalls eine Kehrmaschine zu beschaffen. Weiter hat der Ausschuss beschlossen, einen Sitzplatz am Wanderweg der hinter dem „Tannenhof“ beginnt, abzubauen, da dieser nicht mehr benötigt wird. Den Auftrag erhielt der Bauhof in Zusammenarbeit mit der örtlichen Baufirma Oezer.

Eine weitere Beauftragung betraf den hinteren Bereich Wittum. Es ist vorgesehen, vom bestehenden oberen Weg eine Verbindung zur Straße Wittum zu schaffen, damit eine Notzufahrt gewährleistet ist. Den Auftrag hierfür erteilte der Ausschuss für Umwelt und Technik ebenfalls an die Firma Oezer, Lauterbach. In diesem Zusammenhang wird auch die Wasserleitung im dortigen Bereich erneuert.

Weiter teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass beim Buswartehäuschen am Friedhof Sanierungsarbeiten, dies betrifft Malerarbeiten und die Abdichtung in Dachbereich, anstehen. Diesbezüglich hatte der Gemeinderat die Verwaltung bereits zur Auftragsvergabe ermächtigt. Im neu angelegten Bereich im Friedhof ist vorgesehen, den Bereich „Urnen-Staudengrab“ zu erweitern. Vor Ort wurde festgelegt, dass neben den seitherigen Staudengräbern direkt neben dem Fußweg weitere Staudengräber angelegt werden können. Auch im gegenüberliegenden Bereich können geplante Baumgräber entfallen, um dort weitere Staudengräber anlegen zu können.

Weiter beschloss der Ausschuss für Umwelt und Technik eine einfache Geschwindigkeitsmeßtafel zum Gesamtpreis von 2.238 € zu beschaffen.

Zudem hat der Ausschuss über mögliche Straßensanierungsmaßnahmen im kommenden Jahr beraten. Für die Straße zum Gebäude Fohrenbühl 10 (Kolmenhof), den Streckenabschnitt zu den Gebäuden Hinterbach 2, 3 und 4, dem Straßenabschnitt Kuonbacherhof, zu den Gebäuden Kuonbacherhof 1 und 2, sowie die Zufahrt zum Gebäude Gifhof 10 sollen Kosten eingeholt werden, damit diese gegebenenfalls in den Haushaltsplan 2020 aufgenommen werden können.

Weiter wurde im Ausschuss für Umwelt und Technik bekannt gegeben, dass eine Fachfirma die Aussinterungen (weiße Schlieren) an den Wänden im Friedhof untersucht hat. Die Firma habe mitgeteilt, dass die Ursache bei dem durch die Fugen eindringenden Wasser zu suchen sind. Dort werden Substanzen vermutlich aus dem Kleber gelöst. Von der Fachfirma liegt ein Lösungsvorschlag vor, der an einer kleineren Fläche ausprobiert werden soll.

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass der Kredit für die Erschließung des Baugebiets „Distelweg-Sulzbacher Straße“, zum 30.09.2019 vollständig abgelöst worden ist.

Zudem nahm er zu einer Anfrage bezüglich einer möglichen DNA-Analyse für Hundehalter von Ansgar Fehrenbacher Stellung. Er gab zu bedenken, dass die rechtliche Beurteilung schwierig ist und sich deshalb zahlreiche Gemeinden von diesem Vorhaben verabschiedet haben. Zudem wies er auf den hohen Kostenfaktor hin, auch der zeitliche Aufwand sei nicht zu unterschätzen. Ansgar Fehrenbacher bat trotzdem, diese Idee nicht vollständig aus den Augen zu verlieren. Zudem teilte Kämmerer Rainer Betschner mit, dass es bezüglich eines „Hotspots“ im Bereich des Busbahnhofs Schramberg noch nichts Neues gibt. Aus der nichtöffentlichen Sitzung gab Bürgermeister Norbert Swoboda bekannt, dass die Gemeinde eine Vereinbarung hinsichtlich der Konzessionsabgabe zwischen Gemeinde und dem Eigenbetrieb Wasser und Energie abgeschlossen hat.

Weiter teilte er mit, dass ein weiterer Bauplatz, dieses Mal an der Sulzbacher Straße, im Bereich des Baugebiets „Distelweg“ verkauft werden konnte. Zudem teilte er mit, dass die seitherige Auszubildende Jeannine Fehrenbacher nach ihrer Ausbildung befristet vom 01.03.2020 bis 31.07.2020 im Rathaus übernommen wird.

Weiter gab er bekannt, dass der langjährige Rechtsstreit hinsichtlich nicht ordnungsgemäßer Durchführung der Sanierung der Straße Hugenhof abgeschlossen werden konnte. Die Gemeinde erhält nach einem Vergleich eine Summe von 18.000 € von der ursprünglich beauftragten Baufirma.

Bei den Terminen lud er zur Zertifizierung der Grundschule Lauterbach zur Naturparkschule am 18.10.2019 ab 14:00 Uhr im Gemeindehaus ein. Zudem wies er auf das Oktoberfest des Schützenvereins Tell am 18.10.2019 im Schützenhaus hin.

Außerdem lud er zur Hauptabschlussübung der Feuerwehr und des DRK Lauterbach am Samstag, den 19.10.2019 am Sportheim ein. „Die Feuerwehr und das Deutsche Rote Kreuz führen eine gemeinsame Hauptabschlussübung durch. Es wird angenommen, dass im Sportheim ein Brand ausgebrochen ist und bis zum Eintreffen der Feuerwehr und des DRK 3 Personen vermisst werden. Übungsbeginn ist um 14:00 Uhr. Die Einsatzfahrzeuge des DRK und der Feuerwehr fahren mit Blaulicht und Martinshorn zur Einsatzstelle. Eingeladen zur Übung sind auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger“.

Weiterhin wies er auf das Jubiläum „125 Jahre Gesangverein Bremenloch“ am 19. Oktober mit einer Jubiläumswanderung und einem Jubiläumsabend hin.

Die Mitgliederversammlung der Regionalentwicklung Mittlerer Schwarzwald e.V. findet am 23. Oktober 2019 in Schiltach statt.

Zudem trifft sich das Wirtschaftsforum Lauterbach am 24. Oktober um 19:00 Uhr im „Turm“ auf dem Fohrenbühl. Die Lokalschau des Geflügelzuchtvereins findet am 26. und 27. Oktober im Gemeindehaus statt. Weiter verwies er auf das Jubiläum 100 Jahre Ortsbauerverein Lauterbach mit dem Kabarett „Bure zum Alange“ am 09.11.2019 um 20:00 Uhr in Gemeindehaus. Als letzten Termin nannte er die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 26. November um 19:00 Uhr im Gasthaus „Turm“ auf dem Fohrenbühl.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp konnte von 2 Geschwindigkeitsüberwachungen durch den Landkreis berichten.

„Am 12.09.2019 wurden in der Pfarrer-Sieger-Straße 49 Fahrzeuge kontrolliert, dabei gab es 5 Beanstandungen (10,2 %). Der schnellste Fahrzeuglenker war mit 45 km/h unterwegs. 30 km/h sind dort zulässig. Eine weitere Messung am gleichen Tag fand in der Albert-Gold-Straße auf Höhe des Kindergartens in der neuen „Dreißiger Zone“ statt.“

Dort wurden in einem Zeitraum von dreieinhalb Stunden 165 Fahrzeuge gemessen. Mit 36 Beanstandungen (21,81 %) war die Quote relativ hoch. Der schnellste Fahrzeuglenker war mit der unglaublich hohen Geschwindigkeit von 82 km/h unterwegs. Insgesamt, so gab er zu bedenken, waren 8 Fahrzeuglenker über 20 km/h zu schnell.

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung konnte der Gemeinderat der einzigen vorliegenden Bausache zustimmen. Beim Gebäude Bruckhof 1 ist der Anbau einer Dachgaube und eines Balkons geplant.

Gut besuchte Gemeinderatssitzung am 14.10.2019

Mehrere Bürgerinnen und Bürger nutzen Einwohnerfragestunde im Rahmen der Gemeinderatssitzung

Sehr gut besucht war die öffentliche Gemeinderatssitzung am Montag 14.10.2019. Mehrere Bürgerinnen und Bürger nutzten die Einwohnerfragestunde um Fragen zu stellen, sich zu informieren aber auch zu Meinungsäußerungen zu verschiedenen Themen.

Oskar Haberstroh regte an, nach dem Vorbild der Gemeinde Hardt durch den Bürgermeister ebenfalls Stammtische einzurichten. Bürgermeister Norbert Swoboda verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es möglich ist verschiedene Themenbereiche, wie dies in der Vergangenheit auch schon geschehen ist, im Ort mit Besichtigungsterminen abzugehen. Eine Einrichtung von Stammtischen sei nicht vorgesehen.

Ausführlich ging Bernd Degner auf die anstehende Sanierung der Galerie „Wilhelm Kimmich“ ein. Er bezeichnete die im Raum stehenden Kosten als viel zu hoch und bat, nicht mehr in ein baufälliges Gebäude zu investieren. Es entstehe der Eindruck, die Gemeinde wolle dieses Projekt, koste was es wolle, durchziehen. „Interessieren würde mich auch, was konkret im Marketingkonzept steht“. Zudem regte er an, das sich auch der Kunstverein und gegebenenfalls mit Patenschaften an der Finanzierung beteiligt. Insgesamt bat er Alternativen zu überdenken und schlug vor, das Geld lieber in erhaltenswürdigere Gebäude, wie zum Beispiel das Haus des Gastes, zu investieren. Aus seiner Sicht gebe es eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die gegen eine Sanierung der Galerie sind.

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass derzeit die Ausschreibung der einzelnen Gewerke für die Sanierung der Galerie läuft. „Nach der Submission sehen wir wo wir kostenmäßig liegen. Er gab zu bedenken, dass das Marketingkonzept in öffentlicher Gemeinderatssitzung beraten worden ist, dass es sich bei dem Gebäude um eine Immobilie der Gemeinde handelt und die Gemeinde die Verpflichtung trage, das Erbe Wilhelm Kimmichs unterzubringen. Alternativen seien durchaus geprüft worden. Eine adäquate Unterbringung, z.B. im Haus des Gastes sei jedoch nicht möglich.

Hubert Nagel teilte mit, dass bei den Beratungen und Beschlüssen er selbst und Bürgermeister Norbert Swoboda aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit beim Kunstverein befangen waren. Zudem teilte er mit, dass kursierende Gesamtkosten von 1 Million € erfunden sind“. Bisher gehen wir von einer verlässlichen Kostenschätzung in Höhe von

775.000 € aus, müssen jedoch die Submissionsergebnisse erst noch abwarten. Weiter gab er zu bedenken, dass das Gebäude zum einen als erhaltungswürdig, zum anderen als historisch bedeutsam eingestuft worden ist. „Deshalb erhält die Gemeinde nicht 36 % sondern 51 % der Gesamtkosten als Zuschuss. Zudem gab er zu bedenken, dass die Summe von 570.000 € im Haushaltsplan bereits finanziert ist. Es geht jetzt lediglich noch um eine Lücke von 200.000 €, wobei die Gemeinde abzüglich des Zuschusses lediglich noch die Hälfte also ca. 100.000 € zu tragen hat. Außerdem gab er zu bedenken, dass der Kunstverein seit seinem Bestehen vor über 20 Jahren eine Summe von rund 150.000 € eingebracht hat. Weiter gab er zu bedenken, dass die Sanierung auch vom Landkreis ausdrücklich unterstützt wird.

Bürgermeister Norbert Swoboda ergänzte, dass die Bilder nicht dem Kunstverein sondern der Gemeinde gehören. Auch das Gerücht, dass im Verein vor allem Auswärtige tätig sind stimmt nicht. "In der Vorstandschaft sind alle Mitglieder außer einer Person aus Lauterbach", ergänzte er.

Jeanette Bonk forderte anstelle der Sanierung der Galerie, Alternativen zu suchen und das Geld in Gebäude zu stecken, die noch in Ordnung sind. Zudem gab sie zu bedenken, dass der Kunstverein keine Jugendarbeit wie zahlreiche andere Vereine leistet. „Insgesamt ist mir die Sache eine Nummer zu groß und es müsste doch möglich sein, Lösungen mit erheblich weniger finanziellem Aufwand zu finden“.

Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass es sich beim Galeriegebäude keineswegs um ein Gebäude handelt, das baufällig ist. „Die jetzigen Sanierungsarbeiten sind zum Erhalt eines solchen Gebäudes erforderlich und nicht übertrieben. Er verwies nochmals darauf, dass es keine adäquate Alternative gibt. Insgesamt gelte es mit dem Marketingkonzept nach einer Sanierung die Galerie mit Leben zu erfüllen“.

Johannes Geprägs bat, zunächst die Kostenentwicklung nach der Ausschreibung abzuwarten. „Wenn die Kosten dann aus dem Ruder laufen, ist sicherlich nochmals eine grundsätzliche Diskussion angesagt“, folgerte er.

Aufgrund der ausführlichen Aussprache zu diesem Thema sah Oskar Haberstroh weiteren Informationsbedarf. In diesem Zusammenhang forderte er weitere Diskussionen, insbesondere zum Marketingkonzept.

Mit den überlangen Hausanschlussleitungen griff Manfred Haas ein weiteres Thema auf. „Ich finde es ungerecht, wenn einzelne Anschlussnehmer überlange Hausanschlussleitungen herstellen und später unterhalten müssen“. Er schlug vor, die privaten Hausanschlüsse auf eine Länge von 50 m zu beschränken und die übersteigende Länge an die Gemeinde zu übergeben.

Josef King, Wursthof, sprach verschiedene Punkte an. Er erinnerte zunächst an alte Planungen im Bereich der Wasserversorgung im Sulzbachtal und benannte diesbezüglich eine Ringleitung, die vor Jahrzehnten geplant war. Hinsichtlich der Archiv- und Ortsgeschichte bat er, dass die Gemeinde dafür sorgt, dass das sogenannte „Findbuch“ bald fertiggestellt wird. „Dann ist es auch möglich im Gemeindearchiv zu recherchieren“, folgerte er. Weiter bat er hinsichtlich des neuen Projektes zur Ortsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, möglichst viele Privatpersonen, die entweder Wissen oder Unterlagen haben, einzubeziehen“. Ohne möglichst viele Mitstreiter ist aus meiner Sicht das Projekt für Gisela Roming mit dem vorgesehenen Umfang schwer zu bewältigen“, gab er zu bedenken.

Zahlreiche Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates in der Sitzung vom 14.10.2019

Zu einigen Anfragen und Anregungen nutzten die Mitglieder des Gemeinderates den letzten Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung am Montag 14.10.2019

Zunächst erkundigte sich Ansgar Fehrenbacher nach der Beseitigung der Unebenheit an der Landesstraße auf Höhe der Einfahrt "Käppeleshof". Diesbezüglich steht immer noch die Erledigung durch die Telekom und das Straßenbauamt aus. Auf seine Anfrage hin teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass hinsichtlich der Radwegeanfrage nach Schramberg die Antwort des Straßenbauamtes Donaueschingen noch aussteht. Außerdem bat Ansgar Fehrenbacher, dass das Thema „kreisüberschreitende Fahrkarte“ im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs nochmals nachgefragt wird. „Immer noch ist es so, dass dort kreisüberschreitend Probleme bestehen. Dies liegt insbesondere an den verschiedenen Verkehrsverbänden“. Er forderte, dass sich das Nahverkehrsamt beim Landratsamt Rottweil hierfür nochmals einsetzt.

Johannes Geprägs sprach die Abschlussarbeiten der Baufirma King vor dem Rathaus an. Diesbezüglich werden noch kleinere Verbesserungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit durchgeführt und solange die Maßnahme vor dem Rathaus nicht fertiggestellt ist werden noch Baustellenschilder angebracht.

Hubert Nagel sprach den Verkehrsbereich im Unterdorf auf Höhe der ehemaligen Firma Buco und des ehemaligen Gasthauses "Deutscher Hof" an. Dort sind derzeit Gehwegbereiche belagert. Diesbezüglich soll erreicht werden, dass die Bereiche bald wieder durchgängig begangen werden können.

Georg Buchholz sprach ein Verteilerkasten der Telekom an der Gemarkungsgrenze zu Schramberg im Bereich des Gehweges an. „Dieser Kasten hat den Gehweg geschmälert, eine ordnungsgemäße Breite ist nicht mehr vorhanden und der Winterdienst auch nicht mehr gewährleistet“. In diesem Zusammenhang muss geprüft werden, ob der Verteilerkasten rückwärtig versetzt werden kann.

Gemeinderat fasst noch keinen Beschluss zur Förderung von Anschlüssen an die Wasserversorgung im Außenbereich

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass der Gemeinderat dazu bereits am 13.05.2019 beraten hat. „Da die Thematik zu diesem Zeitpunkt noch nicht richtig aufbereitet war, andererseits bei Anschlussnehmern Handlungsbedarf bestand, wurde grundsätzlich beschlossen, dass ein vorzeitiger Baubeginn nicht förderschädlich ist. Er teilte mit, dass bei der Verwaltung mehrere Anträge vorliegen an die öffentliche Wasserversorgung anzuschließen und es jetzt darum geht, ob eine finanzielle Förderung der Gemeinde möglich ist.

Grundsätzlich teilte er mit, dass die Gemeinde für die gesamte Gemarkung ein Strukturgutachten für den Bereich Wasserversorgung für die gesamte Gemarkung in

Auftrag gegeben hat. Erst nach der Vorlage dieses Strukturgutachtens können weitere Entscheidungen hinsichtlich öffentlicher Erschließungen im Außenbereich getroffen werden.

„Jetzt geht es jedoch darum, einen Grundsatzbeschluss für mögliche Förderungen von Wasseranschlüssen im Außenbereich zu fassen. In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass die Verwaltung eine Umfrage bei anderen Städten und Gemeinden hinsichtlich dieser Thematik durchgeführt hat. „Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass es etliche Gemeinden gibt, bei denen sich die Problematik nicht oder nur in geringem Umfang stellt je nach örtlicher Struktur, bisheriger Erschließung und der Entfernung zu Gebäuden im Außenbereich. Sehr unterschiedlich sind deshalb auch die Antworten ausgefallen. Ausführlich ging er anschließend auf die Vorgehensweise bei einzelnen anderen Gemeinden ein.

Zudem verwies er auf den Abwasserbereich, wo es bekanntlich einen Grundsatzbeschluss der Gemeinde zur Förderung gibt. Diese Förderung ist relativ weitgehend, allerdings muss bedacht werden, dass im Abwasserbereich immer auch ein Zuschuss von 30 % seitens des Landes gewährt wurde, was im Wasserbereich nicht möglich ist. Grundsätzlich müssten im Bereich der Wasserversorgung zahlreiche Fragen betrachtet werden. Möglich wäre beispielsweise ein Zuschuss in Form einer Pauschale je Meter zu bauender Wasserleitung. Zudem stelle sich die Frage, ob die Gemeinde bestimmte Bereiche in das öffentliche Netz übernimmt oder nicht. Weiter stelle sich die Frage, ob hinsichtlich der Belastung eines jeden einzelnen Anschlussnehmers in eine Grenze von 10.000 € bzw. 15.000 € festgesetzt wird.

Möglich wäre beispielsweise ein Beschluss, der beinhaltet, dass ein Zuschuss nur gewährt wird, wenn Baukosten und Wasserversorgungsbeitrag insgesamt eine Summe von 15.000 € je anschließendem Gebäude übersteigen. Zudem könnte der maximale Zuschuss auf 5.000 € gedeckelt werden. Außerdem könnte die Gemeinde die Leitung übernehmen bis zu der Stelle an der die beiden letzten Anschlussnehmer verzweigen. Außerdem hätte der Anschlussnehmer den entsprechenden satzungsgemäßen Wasserversorgungsbeitrag zu bezahlen.

Hubert Nagel bat, in dieser Angelegenheit heute noch keinen Beschluss zu fassen. „Die Informationen sind noch zu vielfältig und noch nicht überschaubar. Er forderte weitere Planungen, insbesondere die Prüfung welche Außenbereichsteile angeschlossen werden können. Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass es bisher keine öffentliche Förderung gibt und die Gemeinde erst nach der Erstellung eines Strukturgutachtens öffentliche Maßnahmen, gegebenenfalls mit den entsprechenden Zuschüssen verwirklichen kann.

Stefan Weinmann regte an, eine Förderung im Bereich der Wasserversorgung eng an den bereits bestehenden Beschluss zur Förderung im Abwasserbereich anzulehnen. Johannes Geprägs bat ebenfalls aufgrund der vielfältigen Informationen und der verschiedenen Möglichkeiten die Entscheidung nochmals zurückzustellen. Ansgar Fehrenbacher schlug vor, in zwei Stufen vorzugehen. „Ich könnte mir vorstellen, dass wir die einzelnen Anschluss- und Zuschussanträge, die jetzt vorliegen, als Einzelfälle entscheiden und derzeit noch keinen Grundsatzbeschluss fassen“. Da noch nicht bekannt ist ob und in welchem Maße in Zukunft öffentliche Erschließungen bezuschusst werden, schlug auch Rolf Buchholz vor, zunächst die einzelnen Fälle separat zu entscheiden

Ein Beschluss zur gemeindlichen Förderung von Wasserversorgungsleitungen im Außenbereich wurde nicht getroffen. Die derzeit vorliegenden wenigen Einzelanträge sollen separat entschieden werden. Im Rahmen des zu erstellenden Gesamtkonzeptes für die gesamte Gemarkung kann dann immer noch ein genereller Förderbeschluss für Wasseranschlüsse im Außenbereich getroffen werden.

Ortsgeschichte der Gemeinde Lauterbach im 19. und 20. Jahrhundert wird aufgearbeitet – Buch zur Ortsgeschichte soll 2022 erscheinen - Gisela Roming stellt Konzeption vor

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung konnte Bürgermeister Norbert Swoboda Gisela Roming begrüßen. Sie hatte in den vergangenen 3 Jahren das Lauterbacher Archiv erfasst und neu geordnet. „Die Arbeiten sind bis auf die Erstellung des Findbuches, die sich leider verzögert haben, fast fertiggestellt“, berichtete sie. Sie versprach die Arbeiten im Archiv und insbesondere die Arbeiten zum Findbuch bis zum Jahresende 2019 abzuschließen.

Anschließend ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf ein mögliches Veröffentlichungsprojekt zur Ortsgeschichte der Gemeinde Lauterbach im 19. und 20. Jahrhundert ein. Er gab zu bedenken, dass die Gemeinde Lauterbach bisher im Gebiet des Landkreises Rottweil ein „weißer Fleck“ auf der Karte der ortsgeschichtlichen Überblicksdarstellungen ist. Es wurden bisher lediglich zu vielen einzelnen Themen separate Dokumentationen herausgebracht. In Absprache mit dem Leiter des Stabsbereiches Archiv, Kultur und Tourismus beim Landratsamt, Bernhard Rüth, könnte nun Gisela Roming als Folgeprojekt im Anschluss an die Verzeichnung des Gemeindearchivs die Ortsgeschichte der Gemeinde Lauterbach im 19. und frühen 20. Jahrhundert aufarbeiten und dokumentieren. Für ein entsprechend aufbereitetes Werk mit einem Seitenumfang von ca. 200 Seiten wird pauschal mit einem Aufwand von ca. 620 Stunden und Kosten von 38.000 € gerechnet. Diese Kosten könnten auf die Haushaltsjahre 2020, 2021 und 2022 aufgeteilt werden. Zudem werden die Druckkosten mit einer Summe von rund 10.000 € veranschlagt. Bürgermeister Norbert Swoboda gab aber auch zu bedenken, dass eventuelle Zuwendungen oder Spenden von der OEW oder der Kreissparkassenstiftung helfen, die Kosten wieder zu drücken. Insgesamt, nach Abzug der Zuwendungen, wird geschätzt, dass ein Eigenanteil von 35.000 € bei der Gemeinde verbleibt.

Mit einer entsprechenden Projektskizze ging Gisela Roming auf ein mögliches zu erstellendes Werk ein. Geplant ist, die Ortsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert absolut in den Vordergrund zu stellen. Sie gab zu bedenken, dass erst die Auflösung der Herrschaft Schramberg (1806) den Weg freigemacht hat für die Entwicklung einer eigenständigen politischen Gemeinde Lauterbach. „Deshalb macht es aus meiner Sicht auch Sinn, die Zeit von diesem Zeitpunkt an geschichtlich aufzuarbeiten. Vergleichsweise nannte sie aber auch verschiedene Heimatsbücher aus Umlandgemeinden und stellte diese in den Grundzügen vor. Im Rahmen der geschichtlichen Aufarbeitung soll auch auf die Urhöfe in Lauterbach, die politische Gemeinde, die natürlichen Reichtümer Wasser, Luft und Einwohner sowie auf Arbeit und Wohlstand (Firma Junghans) die Infrastruktur und das Ortsbild eingegangen werden.

Sonja Rajsp bat, Auszüge aus der Ortsgeschichte auch digital zur Verfügung zu stellen. „Damit wird die Geschichte Lauterbachs noch greifbarer und erlebbarer“, sagte sie. Stefan Weinmann bat um eine geschichtliche Aufarbeitung „die für die Lauterbacher Bevölkerung lesbar“ ist. „An einer reinen wissenschaftlichen Aufarbeitung, nur für Archivare und Historiker, wäre ich nicht interessiert.“ Insgesamt empfahl er, die Gelder in die Hand zu nehmen und die geschichtliche Aufarbeitung zu beauftragen. Weiter schlug er vor, die geschichtliche Aufarbeitung auch in der Galerie zu publizieren und vorzustellen.

Ansgar Fehrenbacher sprach ebenfalls von einer „guten Sache“. "Ich könnte mir gut vorstellen, dass, wie vorgeschlagen, die Geschichte themenbezogen aufgearbeitet wird", sagte er.

Gisela Roming bestätigte, dass es durchaus möglich ist nach der Ausarbeitung eine ortsgeschichtliche Vortragsreihe in der Galerie "Wilhelm Kimmich" anzubieten.

Hubert Nagel bat unbedingt möglichst viele Personen, die sich in irgendeiner Form mit der Ortsgeschichte befasst haben, einzubeziehen. Rolf Buchholz sprach sich ebenfalls für die Aufarbeitung der Ortsgeschichte, wie von Gisela Roming vorgeschlagen, aus. "Die Kosten sind aus meiner Sicht überschaubar und können auf 3 Jahre aufgeteilt werden", sagte er. Als Ziel bezeichneten Gisela Roming und Bürgermeister Norbert Swoboda die Herausgabe des Buches im Herbst 2022.

Doris Moosmann bat, auch die ehrenamtliche Tätigkeit von Helferinnen und Helfern im Rahmen des Projekts zu „entlohnen“ bzw. zu „honorieren“.

Abschließend beschloss der Gemeinderat Gisela Roming zu beauftragen eine zeitgemäße Ortsgeschichte der Gemeinde Lauterbach gemäß der vorliegenden Projektskizze zu erstellen. Die Kosten für die Konzeption werden auf die Haushaltsjahre 2020, 2021 und 2022 aufgeteilt.